

iv POSITIONEN

DAS MAGAZIN DER INDUSTRIE
APRIL 2025



VOLLE KRAFT FÜR DIE INDUSTRIE

EU, Österreich und Deutschland passen den Kurs an



HIGH-TECH IN LETTLAND
Lettischer Verkehrsminister im Interview

Seite 2



WIEN
Standort Wien – quo vadis?

Seite 12

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien

AKTIENBAROMETER
Bedeutung privater Vorsorge nimmt zu

Seite 5

Wer macht morgen die Arbeit?

Der demografische Wandel führt dazu, dass in den nächsten zehn Jahren in Österreich 540.000 Beschäftigte fehlen. Im Rahmen eines Themenfrühstücks im Haus der Industrie wurden mögliche Lösungsansätze zur Bewältigung dieser Herausforderung diskutiert.

Die IV-Wien-Vizepräsidentin Ursula Simacek, CEO und Mit-eigentümerin der SIMACEK Holding GmbH, betonte in ihrer Begrüßung, dass Österreich echte Reformen brauche: „Es ist wie mit einer Kur: Auch wenn man weiß, dass es einem gut tut, muss man sich zuerst einmal überwinden. Aber nach einiger Zeit merkt man dann die positiven Folgen.“ Man müsse stärker in die Strukturen eingreifen, ansonsten sei das Land weder zukunftsfit noch wettbewerbsfähig. Beim Thema Fachkräfte gebe es zwar einige Initiativen, sowohl auf Bundes- als auch Landesebene, aber: „Was fehlt, ist eine abgestimmte Gesamtstrategie“, so die Unternehmerin. In seinem folgenden Impuls unterstrich der Chefökonom der IV, Christian Helmenstein, wie „extrem positiv“ er den Titel „Wer macht morgen die Arbeit?“ finde, denn „vor einigen Jahren haben viele von der drohenden Massenarbeitslosigkeit durch Digitalisierung und Robotisierung gesprochen; das ist

aber ausgeblieben.“ Frühere industrielle Revolutionen hätten sozusagen die Muskelkraft der Menschen verstärkt, durch den Einsatz von KI werde der menschliche Geist als Instrument gestärkt.

„Haben ein riesiges Bildungsthema“

In der anschließenden Podiumsdiskussion hob Petra Draxl, Vorstandsmitglied des AMS Österreich, hervor, dass man in Österreich weiter einen Fachkräftemangel habe, ein großer Teil der derzeitigen Arbeitslosen verfüge jedoch nur über geringe Bildungsabschlüsse. „Wir haben also ein riesiges Bildungsthema“, erklärte sie. Langfristig finde sie es zudem problematisch, dass „wir uns viel zu wenig mit der Demografie beschäftigen“; dies werde vor allem Regionen wie etwa Kärnten oder das Burgenland massiv betreffen. Um die in Österreich verbreitete Teilzeit einzudämmen, brauche es sicher Reformen, etwa im Steuerbereich oder beim Thema Kinderbetreuung. Auch Andreas Matthä, CEO der österreichischen Bundesbahnen (ÖBB), betonte die

Bedeutung von Bildung – denn immerhin erhöhe die fortschreitende Digitalisierung eben auch den Bildungsdruck. Die ÖBB wachsen derzeit stark und suchen jährlich zwischen vier- und fünftausend neue Mitarbeiter. Für die Bahn sei die Lehrlingsausbildung zentral, so Matthä: „Ohne die gäbe es uns nicht.“ Der Eigentümer und CEO der Humanocare Group, Julian Hadschieff, ging in seinem Statement ebenfalls auf das Thema Demografie ein, aber aus

Sicht der Pflege: Man unterschätze nach wie vor den „massiven Bedarf“ an zusätzlichen Pflegekräften aufgrund des demografischen Wandels. Roboter könnten hier auch in den nächsten Jahren nur bedingt Aufgaben übernehmen. Die Entwicklungen rund um KI seien allerdings tatsächlich ein „extrem großer Vorteil“ für Menschen mit Behinderung. Hadschieff bezifferte die Lücke bei Pflegekräften in den kommenden Jahren mit rund 70.000 Personen.



V.l.n.r.: András Szigetvari (Moderation, „Der Standard“), IV-Wien-Vizepräsidentin Ursula Simacek (Simacek Holding), Andreas Matthä (ÖBB), Petra Draxl (AMS), Julian Hadschieff (Humanocare).

Startups, Industrie, Forschung – Wien vernetzt sich für Innovation

Wien erwirtschaftet mit rund 120 Milliarden Euro fast ein Viertel der gesamten österreichischen Wertschöpfung, ist Spitzenreiterin bei internationalen Betriebsansiedlungen und damit die treibende Kraft der heimischen Wirtschaft.



Dominic Weiss ist seit 2025 Geschäftsführer der Wirtschaftsagentur Wien.

Das kommt nicht von ungefähr, sondern ist das Ergebnis der strategischen Wirtschaftsförderung Wiens und des Schulterschlusses mit Institutionen wie der Industriellenvereinigung Wien. Damit das dynamische Wiener Ökosystem weiterwachsen kann, neue Talente anzieht und die Unternehmen Zugang zu dringend benötigten Fachkräften erhalten, braucht es auch in Zukunft starke Partnerschaften und kreative Formate. Dominic Weiss, Geschäftsführer der Wirtschaftsagentur Wien, erklärt, welche Maßnahmen für die Standortentwicklung wichtig sind und welche Initiativen gemeinsam vorangetrieben werden.

Welche Bedeutung hat die Partnerschaft mit der Industriellenvereinigung Wien für die Wettbewerbsfähigkeit Wiens?

Es ist eine Partnerschaft, die seit Jahren intensiv gepflegt wird und für den guten internationalen Ruf mitverantwortlich ist. Die Zahlen der aktuellen Ansiedlungsbilanz zeigen, dass sich Wien im internationalen Wettbewerb mit 218 angesiedelten Unternehmen sehr gut behauptet. Wien punktet nicht nur mit einem exzellenten universitären Umfeld und hochqualitativen Fachkräften, sondern vor allem mit einer hohen Stabilität. Es ist gerade in herausfordernden Zeiten wichtig, Kräfte zu bündeln und gemeinsam nach tragfähigen Lösungen zu suchen. Unsere Stadt verfügt über enormes Innovationspotenzial. Damit sich dieses voll entfalten kann, braucht es den Schulterschluss zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Startups und öffentlichen Institutionen. Starke Partnerschaften wie jene mit der IV-Wien erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts, weil sie Wissen generieren und neue Impulse setzen. Mir ist es wichtig, weiterhin gezielt auf die Bedürfnisse der Industrieunternehmen einzugehen, um sie zu stärken – sei es durch maßgeschneiderte Förderungen oder internationale Vernetzungsangebote.

Eine gemeinsame Kooperation ist das Wiener Forschungsfest. Welche Rolle spielt das Event für die Wirtschaft?

Fortschritt beginnt mit Wissen und Neugier bei den Kleinsten. Daher ist es

wichtig, in den Nachwuchs zu investieren. Mit dem Wiener Forschungsfest haben wir ein Format geschaffen, um Kinder und Jugendliche für Wissenschaft, Technik und Forschung zu begeistern und junge Talente für das Berufsleben von morgen zu fördern. Gerade für Industrieunternehmen ist es wichtig, an den richtigen Stellschrauben zu drehen, um den Nachwuchs in den MINT-Berufen zu sichern. Das Forschungsfest trägt seit mehr als zehn Jahren wesentlich dazu bei, junge Menschen an Zukunftsberufe heranzuführen – allein heuer haben 200 Forscher daran mitgewirkt, den 13.000 Besuchern ihre Arbeit niederschwellig und nahbar zu erklären.

Wien ist inzwischen ein international bekannter Startup-Standort. Wie profitieren etablierte Unternehmen und Startups voneinander – und welchen Beitrag leistet die ViennaUP?

Startups bringen disruptive Ideen in etablierte Branchen. Sie ermöglichen es bestehenden Unternehmen, zukunftsweisende Technologien und Produkte schneller in vorhandene Strukturen zu integrieren. Gelingt das Zusammenspiel zwischen renommierten Betrieben und innovativen Startups, ist das ein entscheidender Wettbewerbsvorteil für eine Stadt. Gemeinsam mit der IV-Wien haben wir in den letzten Jahren viel für den Wirtschaftsstandort Wien erreicht – nicht zuletzt durch den Imageturbo ViennaUP, ein internationales Startup-Festi-

val, das Gründer, Investoren, Talente und Kreative aus aller Welt nach Wien bringt. ViennaUP bietet weit mehr als nur eine Konferenz: Der hohe internationale Anteil von 55 Prozent beweist, dass die ViennaUP den Nerv der internationalen Startups trifft. Alle Events im Rahmen des Festivals werden von der Community für die Community gestaltet und sind thematisch breit gefächert – dieses Konzept ist einzigartig und hat uns in die Top-Liga der internationalen Startup-Festivals katapultiert – 2025 wurden wir vom anerkannten Index „StartupBlink“ zur Nummer drei der europäischen Startup-Festivals gewählt.



WEBTIPP

Mehr Infos zur ViennaUP:
<https://viennaup.com/>

Mehr Infos zur Wirtschaftsagentur Wien:
<https://wirtschaftsagentur.at/>



Dass eine neuerliche Präsidentschaft von Donald J. Trump Herausforderungen für den Rest der Welt mit sich bringen würde, überrascht nicht, aber die Heftigkeit, Radikalität und Erratik der Maßnahmen des Weißen Hauses haben binnen kürzester Zeit Freunde und Verbündete schockiert und auf den Plan gerufen. Das fein gesponnene Netz der globalisierten Wirtschaft wird täglich neuen Zerreißproben ausgesetzt. Wird es nun endgültig zerreißen? Das ist eine existenzielle Frage gerade für Österreich, da wir als exportstarkes Industrieland durch die Globalisierung einen gewaltigen Aufschwung und damit großen Wohlstand für die Menschen in unserem Land geschaffen haben.

Jetzt hat sich aber das Spiel gedreht bzw. geändert: Was tut man, wenn die Basis unseres Wohlstandsmodells fundamental bedroht ist und alte Freunde einem die Freundschaft aufkündigen? Jammern und Schmollen bringt nichts, man muss sich blitzschnell umorientieren (denn eine Rückkehr zum Status quo ante ist derzeit nicht vorstellbar), aus der Not erfinderisch werden, enger zusammenrücken und sich auf die wahren Freunde besinnen. Vieles davon beobachten wir derzeit in Europa. Was wir daher jetzt brauchen, ist eine schonungslose Stärken/Schwächen-Analyse und darauf aufbauend die Erarbeitung einer grundlegend neuen Industrie-, Verteidigungs- und Wohlfahrtsstrategie.

Die Zeit, in der es sich Länder mit einer Staatsquote von über 50 Prozent leisten konnten, das Geld vor allem für

Transferleistungen und den Konsum auszugeben, ist endgültig vorbei. Wir müssen Europa und seine Volkswirtschaften neu denken und als Erstes bei uns zu Hause anfangen: nicht mit der Kettensäge, aber auch nicht nur mit Stoßgebeten – sondern wie der Häuslbauer mit der Mörtelkelle und strikt nach volkswirtschaftlichem Lehrbuch. Dadurch können sich unter Umständen auch neue Chancen für die heimische und europäische Industrie ergeben.

Der erste Schritt dazu muss eben sein, dass wir alle und vor allem die Politik ehrlich Bilanz ziehen, eine nüchterne Bestandsaufnahme machen und dann mutig neue Schritte setzen – eine große Aufgabe und Chance für die neue Bundesregierung aus ÖVP, SPÖ und Neos, deren Energie leider primär im Überwinden der Unterschiedlichkeiten und im Finden des kleinsten gemeinsamen Nenners absorbiert wird, was sich an einer Summe zaghafter Schritte zeigt, ohne echten Gestaltungs- und Reformwillen, um Österreich als modernen Staat neu aufzustellen. Eine Pensions-, Gesundheits- oder gar Föderalismusreform werden nicht einmal angedacht. Überrascht es ehrlich irgendwen, dass wir nun einen jährlichen Konsolidierungsbedarf von über zwölf Milliarden Euro haben, nachdem wir in den Jahren seit Ausbruch der Coronapandemie rund 50 Milliarden Euro an Hilfen, Förderungen und Unterstützungen ausgegeben haben? Wobei diese Riesensumme im Konsum verpufft ist und die Inflation befeuert hat, ohne langfristige Werte zu schaffen. Wenn Kommentatoren besorgt mit dem kritischen Zeigefinger

ZEIT FÜR EINEN REALITYCHECK

Es sind nicht einmal drei Monate vergangen und wir befinden uns in einer komplett neuen Welt(un)ordnung. Zeit für eine Standortbestimmung und Kursänderung – in Österreich und in Europa.

DEBATTE

Teilen Sie uns Ihre Meinung mit – via E-Mail an debatte@iv.at.

auf den Merz'schen „Doppel-Wumms“ hinweisen – ist ihnen klar, dass Deutschlands Verschuldung mit 62 Prozent des BIP im Vergleich zu unseren 83 Prozent solch epochale Verteidigungs- und Infrastrukturinvestitionen in Höhe von 1.000 Milliarden eher schultern kann? Vielmehr sollten wir uns bestmöglich aufstellen, um daran mit unseren Zulieferbetrieben zu partizipieren; auch im Verteidigungs-, Luftfahrt- und Cybersecurity-Bereich.

Wenn die Regierung sagt, man wolle eine Industriestrategie erarbeiten, dann ist es gut gemeint, aber nicht immer gut, denn die erste Maßnahme wäre die Schaffung der richtigen Rahmenbedingungen – viel mehr wollen und brauchen wir im Grunde auch gar nicht –, die die Deindustrialisierung und den freien Fall von Teilen der Wirtschaft bremsen, aufhalten oder gar umkehren könnten. Man will es schon gar nicht mehr hören, aber wo sind die ganz konkreten Deregulierungsmaßnahmen, die Eliminierung von Gold-Plating, die Vereinfachungen und Prozessbeschleunigungen? Wie steht es um die innovative öffentliche Beschaffung, um unsere Tech-Startups von der Abwanderung abzuhalten?

Die Frühjahrs-KV-Verhandlungen werden uns zeigen, ob es nun wirklich, wie manche behaupten, eine neue Sozialpartnerschaft gibt, die Abschlüsse mit Augenmaß ermöglicht. Diese müssten übrigens deutlich unterhalb der Inflationsrate liegen. Ebenso klar ist, dass wir mehr und nicht weniger arbeiten werden müssen – wobei sich diese Arbeit aber natürlich auch lohnen muss! Nur so kann es uns gemeinsam gelingen, unsere Wettbewerbsfähigkeit wieder zu stärken.

Die Zeit, in der wir seitens der Industrie ständig neue sinnvolle Forderungen an die Bundesregierung stellen und hoffen, dass diese auch erfüllt werden, ist vorbei. Wir müssen uns an diese neuen Gegebenheiten anpassen, wenn wir das Grundproblem nicht ändern können. Denn es ist im Grunde ähnlich wie mit der Klimakrise:

Wir brauchen eine Doppelstrategie, die die Ursachen bekämpft, aber auch die Auswirkungen mitigiert.

Suchen wir in dieser neuen Welt nach neuen Marktnischen und Kompetenzfeldern, in denen wir sehr wohl wieder reüssieren können! Mit neuen Absatzmärkten (2024 hat der Welthandel den höchsten Stand aller Zeiten mit 33 Billionen Dollar erreicht, so auch der Handel zwischen den Emerging Markets), neuen Partnern und auch mit neuen Technologien. Europa sollte aus vollem Eigennutz so viel wie möglich für sich arbeiten: Wir müssen also aufrüsten – okay, aber dann bitte mit europäischen Firmen und Konsortien, auf die man sich im Ernstfall auch verlassen kann. Dass das gut funktionieren kann, sehen wir am Erfolg von Airbus. Das gilt auch für uns in Österreich – auch wir haben Unternehmen, die von den aktuellen Entwicklungen profitieren könnten, wenn sie sich bei den europäischen Programmen, z.B. bei der ESA (European Space Agency), früh einbringen würden.

Noch haben wir in Österreich und Mitteleuropa eine starke wissenschaftliche und industrielle Basis, auf die wir aufbauen können. Beides muss gezielt gestärkt werden, etwa indem man die Spitzenkräfte aus Forschung und Entwicklung, die in den USA unter den DOGE-Kürzungen und der „Westküsteneliten-Bekämpfung“ unter Trump leiden, aktiv nach Europa lockt. Eine gute Idee, die wir auch in Österreich aufgreifen sollten.

Nutzen wir doch die vielen neuen Technologien – manche mögen woanders erfunden worden sein; umso mehr sollten wir danach trachten, diese nun smarter einzusetzen. In wenigen Jahren könnten wir dann mit einem schlankeren und sparsameren Staat sowie einer starken Industrie unseren Wohlstand auch wieder für alle heben und in unserem schönen Land mit viel Fleiß auch wieder ein gutes Leben für alle ermöglichen.

Christian C. Pochtler,
Präsident der IV-Wien



Das Paketlogistikzentrum in Wien-Inzersdorf.

JI-WIEN: BETRIEBSBESICHTIGUNG BEI DER ÖSTERREICHISCHEN POST

Das im April 2024 fertiggestellte Logistikzentrum im 23. Bezirk erstreckt sich über eine beeindruckende Fläche von 22.000 m² und öffnete Ende Februar die Pforten für die Junge Industrie Wien.

Nach einer Einführung in die umfassenden Betriebsabläufe durch Generaldirektor-Stellvertreter Peter Umundum erhielten die JI-Mitglieder eine spannende Führung durch den modernen Standort in Wien-Inzersdorf. Besonders interessant zu beob-

achten war die effiziente hybride Arbeitsweise im Unternehmen: Anlagen mit hohem Automatisierungsgrad sortieren und verteilen hier gemeinsam mit 260 engagierten Mitarbeitern in zwei Schichten täglich über 250.000 Pakete.

Wien-Wahl im Fokus

Die Vorstandssitzung der IV-Wien war inhaltlich von der Wiener Gemeinderats- und Landtagswahl am 27. April dominiert. Doch auch die Bundespolitik war Thema.

Zu Beginn der Sitzung führte Präsident Christian C. Pochtler aus, welche Aufgaben die neue Bundesregierung aus ÖVP, SPÖ und Neos nun prioritär bewältigen müsse: „Die Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit ist genauso alternativlos wie eine ausgabenseitige Budgetsanierung.“ Österreich stecke nach wie vor in der hartnäckigsten Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg. Angesichts dessen sei es erschreckend, sagte Pochtler, dass „das alte Klein-klein des typisch österreichischen Parteien-Hickhacks noch immer das Wichtigste für die Politik zu sein“ scheine. Es müsse jetzt rasch zu einem konstruktiven Abarbeiten der wichtigsten Aufgaben kommen, forderte der Präsident.

In der EU gebe es erste „erfreuliche Signale“: Man müsse zwar noch auf die konkreten Detailvorschläge warten, aber

„das klare Bekenntnis der neuen Kommission zu Deregulierung und Bürokratieabbau“ sei jedenfalls zu begrüßen. Dies sei angesichts der Schwerpunkte der aktuellen US-Administration von ganz besonderer Bedeutung, da Europa rasch eigenständiger und wettbewerbsfähiger werden müsse. Ein Handelskrieg mit den USA drohe. Dass man es vor Jahren verabsäumt habe, das Handelsabkommen TTIP mit den USA abzuschließen, sei im Rückblick „ein böses Eigentor“ gewesen, betonte der Präsident.

Anlässlich der Wien-Wahlen im April hatte die IV-Wien Spitzenrepräsentanten der fünf größten wahlwerbenden Parteien eingeladen. Aus terminlichen Gründen musste Vizebürgermeister Christoph Wiederkehr bereits im Vorfeld absagen, bedauerlicherweise fiel auch Stadtrat Peter Hanke aus gesundheitlichen Gründen kurzfristig aus.

Standort Wien – quo vadis?

Als ersten Gast konnte Präsident Pochtler den Landesparteiobmann der FPÖ, Stadtrat Dominik Nepp, in der Sitzung begrüßen. Nepp ist seit 2021 Obmann der Wiener Freiheitlichen. Er kommt aus einer Unternehmerfamilie, weswegen ihm die Wirtschaftsaffinität „sozusagen in die Wiege gelegt wurde“, wie Pochtler anmerkte. Nepp kritisierte in seinen Ausführungen vor allem den „Rekordschuldenstand“, den die Stadt Wien mittlerweile erreicht habe. Zudem wird laut dem FPÖ-Stadtrat zu wenig für die Wirtschaft und Leistungsträger getan: Wichtige Wirtschaftsförderungen seien gestrichen worden und es brauche mehr Unterstützung für alle, „die etwas leisten wollen“. Nepp betonte beim Thema Zuwanderung, dass man zwar Fachkräfte aus dem Ausland brauche, aber sich aussuchen müsse können, „wer nach Österreich kommt“.

Auch die Spitzenkandidatin der Grünen, Stadträtin Judith Pühringer, betonte in ihrem Statement die Wichtigkeit, die Wirtschaft in Wien zu stärken – „im Einklang mit Ökologie und Nachhaltigkeit“. Pühringer ist 2020 als Quereinsteigerin in die Politik gewechselt und führt die Wiener Grünen seit Oktober 2021 gemeinsam mit Peter Kraus. Wichtig sei ihr in Wien besonders auch eine Stärkung der Kreislaufwirtschaft. Beim Thema Zuwanderung betonte sie vor allem den Bereich der Integration: Es müsse rascher gelingen, Menschen aus Drittstaaten in den Arbeitsmarkt zu bekommen.

ÖVP-Landesparteiobmann und Stadtrat Karl Mahrer stellte sich als letzter Spitzenkandidat den Fragen der Vorstandsmitglieder. Mahrer hatte sich vor allem ab 2009 als Landespolizeikommandant für Wien einen Namen gemacht, der Volkspartei in Wien steht er seit dem Jahr 2021 vor. Auch er betonte die Notwendigkeit, die Rahmenbedingungen für jene zu verbessern, „die sich etwas aufbauen wollen“. Zudem müssten UVP-Verfahren beschleunigt, bürokratische Hürden abgebaut und ausreichend Betriebsflächen für Ansiedlungen in Wien gesichert werden. Massive Herausforderungen sieht Mahrer im Bildungsbereich: Zu viele Kinder hätten Defizite bei den Deutschkenntnissen.



IV-Wien-Präsident Pochtler über die Herausforderungen für die neue Bundesregierung.



Politikexperte Thomas Hofer bei seinen Ausführungen.



Die Grünen-Spitzenkandidatin Judith Pühringer will ihr politisches Augenmerk insbesondere auf die Kreislaufwirtschaft legen.

Politische Analyse

Zum Abschluss der Sitzung referierte Politikexperte Thomas Hofer über den Zustand der Parteien auf Bundesebene – bezeichnenderweise lautete der Titel seiner Präsentation „Das letzte Aufgebot“. Damit meine er nicht nur die Führungsebenen der Parteien; ganz allgemein gäbe es Schwierigkeiten, Personen zu finden, die das politische Handwerk verstehen. ÖVP und SPÖ seien eigentlich dazu verdammt, nun miteinander etwas zusammenzubekommen, und das trotz der doch erheblichen inhaltlichen Differenzen zwischen den beiden Parteien. Das reine „Verhindern von Herbert Kickl“ als Gemeinsamkeit sei zu wenig, Hofer verlieh daher seiner Befürchtung Ausdruck, dass „faule Kompromisse“ das Leitthema der neuen Bundesregierung werden könnten.



Präsident Pochtler begrüßt ÖVP-Spitzenkandidat Karl Mahrer in der IV-Wien-Vorstandssitzung.



Dominik Nepp von der FPÖ kritisiert den Schuldenstand der Stadt Wien.